



Rückmeldung des Landesausschusses für Berufsbildung an die Landesregierung zum Strategiepapier des Transformationsrates

Der Landesausschuss für Berufsbildung betont die besondere Bedeutung der beruflichen Bildung als Fundament der Fachkräftesicherung im Rahmen der Transformation. Daher begrüßt er die im Koalitionsvertrag angekündigte **Transformationsakademie/ Transformationsagentur**. Diese kann einen hervorragenden Rahmen bieten, um die Ausbilder*innen des dualen Systems zu schulen und damit einen wesentlichen Baustein zur gelingenden Transformation im Bereich der Fachkräftesicherung beizutragen. Insbesondere die Aspekte **Kompetenzentwicklung und Lernortkooperation** sollten aus Sicht der beruflichen Bildung in und an der Transformationsakademie/Transformationsagentur verankert werden.

Im ersten Maßnahmenpaket des Transformationsrates wurden die zielgerichtete Ausstattung von Berufsschulen (Lehrkräfte und Auszubildende) und überbetrieblichen Bildungsstätten, die Kompetenzentwicklung von Berufsschullehrkräften und Auszubildenden sowie die Schärfung der Lernortkooperation als vorrangig benannt. Zu diesen Aspekten nimmt der Landesausschuss für Berufsbildung im Folgenden Bezug:

Ausstattung von Berufsschulen

Situationsbeschreibung:

Eine Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung Rheinland-Pfalz vom September 2020 bemängelte bereits die digitale Ausstattung der Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und formulierte Handlungsbedarfe. Im Zuge der Covid19 – Pandemie wurden für die digitale Ausstattung an (Berufs-) Schulen, die finanziellen Mittel aus dem Digitalpakt durch weitere Bundes-Mittel aufgestockt. Dennoch ist die Lage der einzelnen Schulen in Rheinland-Pfalz heterogen, wenn auch auf einem deutlich besseren Stand als im Vorjahr.



1. Ein Hauptproblemfeld ist weiterhin die Anbindung der Schulen an schnelles Internet: Auch aufgrund von langfristigen Verträgen, vorangegangenen Förderungen und der eingeschränkten Verfügbarkeit von schnellem W-Lan sind erst ca. die Hälfte der BBSen an schnelles Internet angebunden. Darüber hinaus mangelt es weiterhin an einer leistungsfähigen und stabilen Internetverbindung in den Schulen. W-Lan ist nicht überall in ausreichendem Maße vorhanden.
2. Die Ausstattung der Azubis mit Endgeräten ist noch nicht abschließend und langfristig gelöst. In einigen Regionen können Endgeräte durch Azubis mittlerweile ausgeliehen werden. Der Landesausschuss gibt zu bedenken, dass die Mittel aus dem Digitalpakt bislang als einmalige Zahlung angedacht sind. Die Gerätezyklen allerdings sind auf wenige Jahre begrenzt und bereits neu angeschaffte Endgeräte werden in einigen Jahren veraltet sein. Völlig unklar ist, wie die neuen Geräte zukünftig finanziert werden sollen.
3. Die Bearbeitung der Anträge zum Digitalpakt wurde teilweise aufgrund hoher Arbeitsbelastung durch die Pandemie in den Kommunen nicht prioritär behandelt. Es besteht die Befürchtung, dass die Mittel aus dem Digitalpakt bis zum Einreichen der Anträge ausgeschöpft sind.

Empfehlungen:

1. Wir empfehlen der Landesregierung zu prüfen, ob durch Rahmenverträge eine Beschleunigung des Verfahrens zur Anbindung und Ausleuchtung mit schnellem Internet erzielt werden kann und dabei auch die Kosten für die Kommunen reduziert werden können.
2. Für die dauerhafte Ausstattung der Azubis mit Endgeräten benötigt es eine langfristige Verstärkungsstrategie und die dauerhafte Bereitstellung von personellen und finanziellen Mitteln.
3. Wir empfehlen die Erstellung einer dem Landesausschuss zugänglichen regelmäßig aktualisierten, transparenten Übersicht über die Anbindung und die Ausleuchtung der Schulen, sowie den Mittelabruf aus dem Digitalpakt.



Ausstattung in überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungsstätten

Situationsbeschreibung:

Für die Anpassung der Ausstattung in den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten an die Herausforderung durch die Transformationsprozesse können Förderprogramme des Bundes (mit Ko-Finanzierung durch das Land) genutzt werden. Die pädagogische Arbeit liegt in den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten in den Händen der Träger.

Empfehlung:

Die Landesregierung sollte prüfen, ob die digitale pädagogische Arbeit in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten durch weitere Fördermaßnahmen (z.B. für Medienpädagogen) flächendeckend unterstützt werden kann.

Kompetenzentwicklung von Berufsschullehrkräften, Ausbildenden und Auszubildenden

Situationsbeschreibung:

Um den anstehenden transformativen Prozessen erfolgreich zu begegnen, bedarf es neuer Kompetenzen. Diese Kompetenzentwicklung von Ausbilder*innen und Auszubildenden ist noch nicht weit vorangeschritten. Bei der Kompetenzentwicklung ist zu unterscheiden zwischen Kompetenzen, die über alle Ausbildungsberufe hinweg erforderlich sind, und berufsspezifischen Kompetenzen, sowie für die Ausbilder*innen zusätzlich die didaktischen und pädagogischen Kompetenzen.

1. Die berufsspezifischen Kompetenzen werden sozialpartnerschaftlich auf Bundesebene entwickelt. Die über alle Ausbildungsberufe hinweg notwendigen Kompetenzen sind in den neuen Standardberufsbildpositionen fixiert, die für die noch nicht neugeordneten Berufe Empfehlungscharakter haben, für alle anderen Berufe aber verbindlich sind.



2. Die Transformation hat Auswirkungen auf die benötigten didaktischen und pädagogischen Kompetenzen des Ausbildungspersonals. Neben der Ausbildungsprüfung gibt es keine weiteren verpflichtenden Fortbildungselemente.
3. Das Fortbildungsprogramm des Pädagogischen Landesinstitutes für Berufsschullehrkräfte wurde im Zuge der Pandemie um digitale Aspekte ausgeweitet. Zusätzlich steht den öffentlichen berufsbildenden Schulen im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums ein Budget für die Fortbildungen z.B. in der Wirtschaft zur Verfügung.
4. Zu den Themen KI und Digitalisierung hat die HWK Pilotlehrgänge für Auszubildende entwickelt.
5. Im Land existieren einzelne, regionale zum Teil auch mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte zur Kompetenzentwicklung. Eine systematische Erfassung und Evaluierung findet nicht statt.

Empfehlungen:

1. Damit die aktualisierten Standardberufsbildpositionen zügig Eingang in die duale Ausbildung finden, empfehlen wir dem Transformationsrat, ein breit aufgelegtes Informations- und Schulungsangebot hierzu zu entwickeln und an der Transformationsakademie/ Transformationsagentur zu verankern.
2. Es ist zu prüfen, ob eine regelmäßige Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals durch vom Land gesetzte Anreize oder Verpflichtungen vorangetrieben werden kann. Die flächendeckende Ausweitung von Pilotprojekten, z.B. des im ersten Maßnahmenpaket geplanten Projektes der HWK Koblenz, ist zu prüfen.
3. Die Erweiterung des Fortbildungs-Budgets soll durch die notwendigen Inhalte bestimmt und nicht von der kurzfristigen Kassenlage abhängig sein.
4. Pilotlehrgänge für Auszubildende sollten hinsichtlich ihrer flächendeckenden Übertragbarkeit überprüft werden.
5. Wir empfehlen eine Bestandsaufnahme der laufenden Projekte zu erstellen.



Verfügbarkeit von Lehr- und Lernmaterialien

Situationsbeschreibung:

1. Die Entwicklung, Pflege und Austausch von Lehr- und Lernmaterialien läuft langsam an.
2. Die Anforderungen an die Rechtssicherheit bei der Nutzung digitaler Lösungen führt immer wieder zu neuen Herausforderungen. Die genutzten Tools müssen sowohl datensicher als auch anwenderfreundlich sein, was sich bei den aktuell auf dem Markt befindlichen Tools häufig nicht vereint. Datensichere Produkte haben in der Regel eine deutlich schlechtere Anwenderfreundlichkeit als viele verbreitete kommerzielle Produkte mit (datenunsichereren) Cloud-Lösungen bspw. in den USA. Auszubildende arbeiten in ihren Betrieben häufig mit kommerziellen Produkten.

Empfehlungen:

1. Der Landesausschuss empfiehlt ein Konzept für die Qualitätssicherung dieser Materialien zu entwickeln, bei dem auch das Neutralitätsgebot der Schulen gewährleistet ist und kommerzielle Anbieter nicht ungeprüft Einfluss nehmen können.
2. In der Berufsschule sollen die bereits in der Wirtschaft etablierten Produkte genutzt werden, damit der Umgang mit diesen Tools geübt werden kann. Wichtig dabei ist, dass nicht die einzelnen Lehrkräfte die Datensicherheit der einzelnen Tools einschätzen müssen, sondern dass dies von professioneller Seite vollzogen wird und den Schulen eindeutige langfristige Lösungen angeboten werden.

Lebensbegleitendes Lernen

Situationsbeschreibung:

Das lebensbegleitende Lernen spielt eine entscheidende Rolle, da die transformativen Prozesse schon heute neue Anforderungen an die Kompetenzen der Arbeitnehmer*innen stellen. Es ist zu erwarten, dass diese Veränderungen in naher Zukunft noch schneller und teilweise sprunghafter erfolgen. Ein entscheidender Faktor, um die stets neuen Anforderungen zu bewältigen, ist die Möglichkeit, sich weiterzubilden. Diese hängt von den verschiedensten Faktoren ab:



- Transparenz über Qualifizierungsmöglichkeiten und deren Marktrelevanz in der Zukunft
- Finanzierungsmöglichkeiten
- Freistellungsmöglichkeiten
- niedrigschwellige Zugänge zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten

Empfehlung:

Der Landesausschuss begrüßt ausdrücklich, dass sich die Fachkräftestrategie in Zukunft diesem Thema widmen wird, und empfiehlt die oben genannten Faktoren dabei zu berücksichtigen.

Lernortkooperation

Situationsbeschreibung:

Die Qualität der dualen Ausbildung wird maßgeblich von einem zielführenden Zusammenwirken der Lernorte geprägt. Im Zuge der digitalen Transformation erfordert dies die (Neu-)Abstimmung auf mehreren Ebenen, bzw. in mehreren Bereichen. Kontinuierliches und erfolgreiches Lernen in der Berufsausbildung gelingt, wenn die fachlichen, pädagogischen und didaktischen Ansätze der Lernorte mit- und aufeinander abgestimmt sind. Hierfür spielen zunehmend digitale Lernplattformen eine wichtige Rolle.

Empfehlungen:

1. Wir empfehlen der Landesregierung, einen Prozess zur zukünftigen Lernortkooperation zu initiieren.
2. Wir empfehlen der Landesregierung, die technischen Voraussetzungen für Lernplattformen zu schaffen, damit diese an den relevanten Lernorten der dualen Ausbildung genutzt werden können.
3. Finanzielle und personelle Ressourcen sind hierfür durch das Land dauerhaft zur Verfügung zu stellen.



Berufsorientierung

Situationsbeschreibung:

Die Voraussetzungen für eine systematische Berufsorientierung sind in Rheinland-Pfalz bereits gegeben.

Empfehlung:

Wir empfehlen der Landesregierung, die Transformationsprozesse und die daraus wachsende Bedeutung der lebensbegleitenden beruflichen Weiterbildung als Thema der Berufsorientierung zu verankern und dies im Begleitgremium zur Rahmenvereinbarung zur Berufs- und Studienorientierung behandeln zu lassen.